

6 Fragestunde

Bgm. Nagl:

Wir kommen nun zur Fragestunde. Es ist 12.35 Uhr, die Fragestunde beginnt und ich darf unsere neue Gemeinderätin Frau Sabine Reininghaus gleich bitten, zum Rednerpult zu kommen, mir die erste Frage zu stellen und ich darf den Vorsitz an den Herrn Vizebürgermeister übergeben.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (12.36 Uhr).

6.1 Frage 1: Leerstände in Grazer Einkaufsstraßen, SOS-Ruf aus der Annenstraße (GRⁱⁿ Reininghaus, Neos an Bgm. Mag. Nagl, ÖVP)

Reininghaus:

Was für ein Tag für mich. Angelobung, Gemeinderätin, sehr aufregend, ich bin natürlich aufgeregt. Das macht man ja nicht alle Tage, dass man hier zum ersten Mal zum Rednerpult geht, aber dennoch muss ich Ihnen sagen, ich bin sehr glücklich darüber, dass ich hier als Gemeinderätin überhaupt stehen darf und ich sehe mich mit Freude der Verantwortung verpflichtet, mein politisches Amt zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu verwenden. Als gebürtige Grazerin ist mir natürlich die Stärkung der Grazer Innenstadtbetriebe ein großes Anliegen und ich kann auch gut nachvollziehen, dass acht Leerstände in der Herrengasse ausreichen, um im Gemeinderat bis hin zum Citymanagement Alarmstimmung auszulösen und das zu Recht. Schließlich stört jeder einzelne Leerstand das Stadtbild und eine Häufung davon führt schnell zur Abwertung eines Wirtschaftsstandortes. Mit und ohne Corona übrigens. Die Geschäftsleute in der Grazer Innenstadt standen schon vor der Covid-19-Pandemie unter Druck, weil es eben nicht einfach ist, mit der Konkurrenz aus Onlinehandel und Shopping-Citys Schritt zu halten. Schnelle Erreichbarkeit, gratis parken und ein breites Angebot, damit punkten Einkaufszentren einfach. Die damit

einhergehenden sinkenden Kundenfrequenzen in der Stadt hingegen bewirken natürlich sofort negative Folgen. Ich glaube, die Stadt muss sich etwas einfallen lassen, damit Sie für den Konsumenten wieder etwas attraktiver wird, um diesen Wettbewerbsnachteil, also im Vergleich zu Einkaufszentren, ausgleichen zu können. Daher unterstütze ich alle stärkenden Maßnahmen, möge es sich um Werbekampagnen, Mietförderungen, Mietaussetzungen oder etwa um das Verschenken von City-Gutscheinen handeln. Ich freue mich auch über den dringlichen Antrag der ÖVP betreffend Unterstützungsmaßnahmen zur Attraktivierung der Grazer Innenstadt und Stärkung des Handelsstandortes Graz im Allgemeinen. Dem dringlichen Antrag entsprechend ist zu hoffen, dass erkannt wird, dass Stadt ohne Wirtschaft gar nicht denkbar ist. Wir haben das jetzt in den letzten Wochen klar gesehen. Ich entnehme diesem Antrag aber auch einen Hoffnungsschimmer für die Annenstraße, wo man seit Jahren vergeblich auf einen Aufschrei der Stadtregierung gewartet hat. Es ist nichts passiert, trotz ständig fortschreitendem Geschäftsterben. Ich bin zuletzt am vergangenen Sonntag die Annenstraße abgegangen und habe den Bestand der Leerstände neuerlich überprüft. Habe Fotos gemacht und diese Fotos in einer Mappe zusammengefasst, die Sie vielleicht schon gesehen haben. Sie können diese Mappe draußen entnehmen, wenn Sie Interesse haben, es sind noch einige Exemplare für Sie vorbereitet. Die Bilder, die sind nicht schlecht in der Mappe, sondern sie sind eigentlich absichtlich so grau gestaltet, denn...

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. **Eustacchio**: Sie befinden sich in der Fragestunde. Sie müssen eine Frage an den Herrn Bürgermeister stellen. Das ist etwas zu lang.*

Reinighaus:

Schauen Sie, wie gerne ich hier rede und das schon beim ersten Mal, das ist ja ein Wahnsinn.

Nun zur **Frage**:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nagl,
können Sie sich vorstellen, den Wirtschaftsstandort Graz auch in den Bezirken zu fördern und können Sie sich explizit vorstellen, die dringend notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, in der Annenstraße eine wirtschaftliche Initialzündung herbeizuführen? Vielen Dank.

Originaltext der Frage:

Die Rettungspläne der Stadtpolitik zur Eindämmung des Geschäftsterbens in der Herrengasse verfolge ich mit großem Interesse. Acht Leerstände reichen, um im Gemeinderat Alarmstimmung auszulösen und dies nicht zu Unrecht.

Schließlich verderben Leerstände das Stadtbild und führen zu einer Abwertung des Wirtschaftsstandortes Graz.

Die Annenstraße, die einst neben dem Stadtzentrum das Herz des innerstädtischen Konsums war, verzeichnet 23 Leerstände, wobei uns in Kürze durch die Insolvenz des Schuhhauses Baumgartner noch 2 weitere ins Haus stehen könnten (Stand 10. Mai 2020).

Ein Aufschrei der Grazer Stadtregierung ist, zumindest was die Annenstraße betrifft, nicht erfolgt. Als Folge der Covid-19-Pandemie sind weitere Geschäftsschließungen zu befürchten und es wird vermutlich weitere Hilfen für Unternehmen seitens der Stadt Graz brauchen, damit uns die Wirtschaft nicht weiter wegbricht.

Maßnahmen wie Mietförderungen oder etwa das Verschenken von City-Gutscheinen als Umsatzturbo für Gewerbetreibende sind ein erster Schritt, um dieser Entwicklung gegenzusteuern.

Ein Sparkurs könnte jetzt unangenehme Folgen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt bringen und ich ersuche alle Anwesenden, schauen Sie auf die Wirtschaft, schauen Sie auf die aktuellen Arbeitslosenzahlen und schauen Sie sich bitte auch mal das enorme Geschäftsterben in der Annenstraße genauer an.

Ich wohne und arbeite in der Annenstraße, ich kenne jeden Winkel hier und möchte an Sie den Appell richten: Bitte unterstützen Sie mich dabei, die Annenstraße nicht sterben zu lassen!

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nagl, können Sie sich vorstellen, den Wirtschaftsstandort Graz, auch in den Bezirken zu fördern und können Sie sich explizit vorstellen, dringend notwendige Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, in der Annenstraße eine wirtschaftliche Initialzündung herbeizuführen?
Potential ausreichend vorhanden!*

Nagl:

Frau Gemeinderätin, vielen Dank für diese Frage. Selbstverständlich haben wir auch in den letzten Jahren intensiv versucht, nicht nur die Annenstraße zu beleben, sondern wenn möglich Bezirkszentren. Wichtig und die Grundvoraussetzung ist aber immer auch, dass alle Betroffenen und Beteiligten vor Ort sich auch wirklich einbringen. Wir können Rahmenbedingungen schaffen, wir können Anreize schaffen, wir können mit Geld auch das eine oder andere Projekt fördern, aber es bleibt dabei, ganz wichtig ist, dass die betroffenen Menschen in den jeweiligen Straßenzügen sich selbst einbringen und Sie wissen auch aus eigener Erfahrung, ich glaube, Sie haben auch schon einmal zu Weihnachten erlebt, wo Sie am Esperantoplatz eine Weihnachtsveranstaltung machen wollten, dass dann leider wieder viele nicht teilgenommen haben. Es braucht auch den Aufruf an alle Unternehmerinnen und Unternehmer oder Persönlichkeiten vor Ort, auch Menschen, die dort wohnen, sich dann auch wirklich für ihr Viertel einzubringen. Die Stadt Graz hat in den letzten Jahren einiges gemacht, auch an Förderbeiträgen für den Verein Annen-Viertel, den Verein Jakomini-Viertel, den Verein Gries-Wirtschaft, die Kunstallee und viele andere Dinge. Wir haben eine eigene Plattform der freien Lokale, wir haben also von Seiten der Wirtschaftsabteilung insgesamt den Leerstand der Stadt Graz gescreent und selbstverständlich habe ich auch bei all meinen Äußerungen jetzt in letzter Zeit zum Verbessern der Situation für den Handel auch in

Graz immer wieder gesagt, es geht um das Zentrum als Herz, aber es geht auch um die vielen Nebenstraßen und um andere Bezirkszentren, seien die dann in Leonhard, seien sie in Andritz oder sonst wo verteilt auf unserem Stadtgebiet. Ich glaube, die Initiative, die wir heute auch als ÖVP-Club starten, aber auch das, was ich jetzt schon vorbereitet habe und spätestens bis zum Sommer heurigen Jahres auch umgesetzt haben möchte, zielt nicht nur auf die Altstadt ab, sondern auf möglichst alle Bereiche der Stadt. Einfach wird es nicht werden, weil wir im Handel gerade einen unglaublichen Wandel erleben. Wie Sie wissen, ist die Digitalisierung eine enorme Herausforderung, auch da werden wir versuchen, ein neues Förderpaket zu schnüren. Darüber hinaus bin ich ja als Bürgermeister auch der Vorsitzende der Bürgerspitalstiftung, die gerade in der Annenstraße doch wichtige Gebäude hat. Auch da ist es uns immer wieder gelungen, das eine oder andere Geschäftslokal wieder zu vermieten, aber die Anstrengungen sind zu tun. Um ganz konkret auf Ihre Frage einzugehen, ja, selbstverständlich geht es nicht nur um die Kernzone, wenn ich so will, die Weltkulturerbezone im Zentrum, sondern auch die Straßenzüge, die bis zum Bahnhof reichen, aber auch um andere Stadtviertel, aber auch um die Bezirkszentren.

Reininghaus: In diesem Fall gibt es keine Zusatzfrage, danke.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (12.40 Uhr).

6.2 Frage 2: Mobilitätsvertrag zum 17.21.0 Bebauungsplan „Schwarzer Weg“ (GR DI Topf, ÖVP an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)

Topf:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Live-Stream. In meiner Frage geht es um den Mobilitätsvertrag zum 17.21.0

Bebauungsplan, Schwarzer Weg, das ist die KG Webling in Puntigam. Sehr geehrte Frau Stadträtin, werte Elke. Zum 17.21.0 Bebauungsplan „Schwarzer Weg“, dessen Entwurf vom Samstag, den 29.12.2018, 2018, ich betone das bewusst, bis Donnerstag, den 28.02.2019, aufgelegt wurde, wird im Erläuterungsbericht, und das ist entscheidend, vom 13.12.2018 auf Seite 5 ausgeführt, dass sowohl für den nördlichen Bereich - das ist das Aufschließungsgebiet Nr. XVII.05 - als auch für den westlichen und südlichen Bereich - das ist das Aufschließungsgebiet Nr. XVII.17 - verschiedene Aufschließungserfordernisse festgelegt sind und anderem auch folgende Punkte, die jetzt unmittelbar die Mobilität betreffen:

1. Anbindung an das öffentliche Straßen- und Wegenetz, Nachweis einer zweckmäßigen Verkehrsanbindung und der Verkehrssicherheit betreffend die äußere Erschließung für alle Verkehrsarten, sowohl den motorisierten Individualverkehr, den öffentlichen Verkehr und selbstverständlich auch den Rad- und Fußverkehr
2. innere Erschließung (Verkehr und technische Infrastruktur)
3. Maßnahmen zur Förderung der „Sanften Mobilität“, das betone ich insbesondere
4. öffentlich nutzbare Durchwegung für den Fuß- und Radverkehr

Von entscheidender Bedeutung für eine Bebauung in dieser Größenordnung, wir sprechen immerhin von einem Planungsgebiet mit einer Größe von ca. 9,5 ha, das ist in etwa 20 % des Reininghaus-Gebietes, ist jedenfalls ein Mobilitätsvertrag, der zwischen der Stadt Graz und den ausführenden Bauträgern im Zuge von Bebauungsplänen abzuschließen ist und im Wesentlichen dazu dient, den zu erwartenden KFZ-Verkehr zu vermindern.

Aus den dargestellten Gründen stelle ich daher an dich, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, die

Frage:

Bis zu welchem konkreten Zeitpunkt kann mit einem diesbezüglichen Mobilitätsvertrag unter besonderer Berücksichtigung einer attraktiven Anbindung an den ÖV, ich denke hier an die Buslinie 80 oder 65, gerechnet werden?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin, werte Elke!

Zum 17.21.0 Bebauungsplan „Schwarzer Weg“, dessen Entwurf vom Samstag, den 29.12.2018, bis Donnerstag, den 28.02.2019, aufgelegt wurde, wird im

Erläuterungsbericht vom 13.12.2018 auf Seite 5 ausgeführt, dass sowohl für den

nördlichen Bereich - Aufschließungsgebiet Nr. XVII.05 - als auch für den westlichen und südlichen Bereich - Aufschließungsgebiet Nr. XVII.17 - verschiedene

Aufschließungserfordernisse festgelegt sind und anderem auch folgende Punkte:

- Anbindung an das öffentliche Straßen- und Wegenetz, Nachweis einer zweckmäßigen Verkehrsanbindung und der Verkehrssicherheit betreffend die äußere Erschließung für alle Verkehrsarten (motorisierter Individualverkehr, öffentlicher Verkehr, Rad- und Fußverkehr)*
- innere Erschließung (Verkehr und technische Infrastruktur)*
- Maßnahmen zur Förderung der „Sanften Mobilität“*
- öffentlich nutzbare Durchwegung für den Fuß- und Radverkehr*

Von entscheidender Bedeutung für eine Bebauung in dieser Größenordnung

(Planungsgebiet weist eine Größe von ca. 9,5 ha auf!) ist jedenfalls ein

Mobilitätsvertrag, der zwischen der Stadt Graz und den ausführenden Bauträgern im

Zuge von Bebauungsplänen abzuschließen ist und im Wesentlichen dazu dient, den zu erwartenden KFZ-Verkehr zu vermindern.

Aus den dargestellten Gründen stelle ich daher an dich, sehr geehrte Frau

Verkehrsstadträtin, die

Frage:

Bis zu welchem konkreten Zeitpunkt kann mit einem diesbezüglichen Mobilitätsvertrag unter besonderer Berücksichtigung einer attraktiven Anbindung an den ÖV, z.B. Anpassung der Buslinie 80 oder 65, gerechnet werden?

StRⁱⁿ **Kahr:**

Danke, sehr geehrter Herr Gemeinderat, sehr geschätzter Georg. Vielen Dank für die Anfrage, wo du völlig zu Recht auf das große und herausfordernde Planungsgebiet von den 9,5 ha hinweist. Das ist ein riesiges Gebiet, wo künftighin sehr, sehr viele Menschen wohnen werden und wo wir natürlich schauen müssen, gerade vom Verkehrsplanungsamt, eine gute Lösung für die sanften Mobilen, vom Radweg bis hin aber vor allem eine gute Anbindung für den öffentlichen Verkehr zu ermöglichen. Ich möchte nur erinnern, gerade weil das dort ein nicht sehr einfaches Gebiet ist, hat die Verkehrsplanung 2013 eigentlich vor einer Umwidmung gewarnt und eigentlich nicht empfohlen. Im Wissen, wie die derzeitigen Voraussetzungen damals schon waren und dass das nicht von heute auf morgen geht. Konkret aber, und das ist jetzt viel wichtiger, der neue Grundstückseigentümer, es ist umgewidmet worden, der neue Grundstückseigentümer will dort bauen und die zuständigen Ämter und Abteilungen hier im Magistrat sind hier aber auch schon seit vielen Wochen ständig im Gespräch und im Austausch auch mit dem Grundstückseigentümer, und was vor allem ganz wichtig ist, es gibt jetzt zwei Vorschläge, zwei Varianten, die jetzt auf dem Tisch liegen, die beide auch, und das ist vor allem wichtig aufgrund ihrer Initialkosten, aber auch auf die laufenden Kosten hin überprüft worden sind und jetzt dem Verkehrsausschuss vorgelegt werden können. Das heißt, wir müssen uns entscheiden für eine dieser beiden Varianten. Du hast es angedeutet schon, das eine würde eine Verlängerung der Buslinie 80 vom Nahverkehrsknoten Puntigam bis hin zum Schwarzen Weg mit einer möglichen Umkehrschleife betreffen, die zweite Variante würde eine Überbauung mit einer Brücke über den Weblinger-Gürtel bedeuten, wo eventuell der Vorteil wäre, dass die Linie 65 in beide Richtungen fährt. Aber diese Entscheidung muss man dann im

Verkehrsplanungsausschuss treffen und vor allem auch im Hinblick auf die Kostenentwicklung.

Topf:

Die Zusatzfrage wäre, bis wann, ich gehe davon aus, weil du den Verkehrsausschuss angesprochen hast, dass es in dem nächsten Verkehrsausschuss möglicherweise zu einer Diskussion kommen sollte. Ich möchte das bewusst in Richtung einer Diskussion bringen, weil es verschiedene Zugangsweisen gibt und daher die Bitte und die Frage, dass man das auch im Verkehrsausschuss sozusagen nicht unmittelbar mit einem Umlaufbeschluss vielleicht hier bewerkstelligen sollte, sondern eine ausführliche Diskussion insbesondere auch mit allen Mitgliedern des Verkehrsausschusses führen sollte. Natürlich auch unter Einbindung der Bezirksvorstehung und des Bezirkrates des betroffenen Bezirkes Puntigam.

Kahr:

Ja, selbstverständlich. Wir haben vor, es in den nächsten Verkehrsplanungsausschuss einzubringen. Du weißt, das hängt auch gar nicht von mir ab, als Ausschussvorsitzender musst du uns ermöglichen, dass wir persönlich zusammenkommen. Ich bin eine große Freundin von dem. Ich halte von Videokonferenzen oder Umlaufbeschlüssen wenig, weil es eben genau das Nachfragen der Ausschuss-TeilnehmerInnen, aber auch der Bezirkräte, die ja wichtig sind, damit sie ihre Meinung einbringen, zumindest erschwert. Wenn wir da einen Platz finden, wie gesagt, sehr gerne, ich würde es mir wünschen.

**6.3 Frage 3: Situation in den städtischen Kinderbildungs- und –betreuungs-
einrichtungen
(GR Alic, KPÖ an StR. Hohensinner, MBA, ÖVP)**

Alic:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ein Freund von mir hat Kinder im Krippenalter bzw. im Kindergartenalter und hat mich auf eine Verordnung des Landes, also auf eine Aussendung an die Kindergärten in der Steiermark, aufmerksam gemacht, die tatsächlich teilweise etwas widersprüchlich ist. Insofern, als einerseits gesagt wird, dass die Kindergärten, die ganzen Einrichtungen geöffnet sind und andererseits wird aber gleich im nächsten Punkt darauf aufmerksam gemacht, dass man nach Möglichkeit die Kinder zu Hause behalten soll. Zudem wird auch darauf hingewiesen, dass man die Kinderdichte, auf diesen Begriff will ich gar nicht näher eingehen, gering halten will und auch die sozialen Kontakte. Da denke ich, das entspricht nicht ganz dem Sinn von Kindergärten, weil ein Kindergarten ist keine Gefriertruhe, wo man etwas hineingibt und dann wieder herausgibt und inzwischen gibt es keine Bewegung, sondern da soll es ja „zugehen“, die Kinder sollen „sich einen Kasperl herunterreißen“ und auch etwas lernen. Das ist nichts zum Aufbewahren, keine Aufbewahrungsanstalt, sondern tatsächlich eine Bildungseinrichtung. Ich bin wirklich lange genug Beamter, um, wie soll ich es jetzt vorsichtig formulieren, die Sinnhaftigkeit von Verordnungen nicht hinterfragen zu wollen und doch bin ich lange genug in die Schule gegangen, dass ich zumindest teilweise gelernt habe, selbständig zu denken. Das bringt einen oft in ein Dilemma.

Ich glaube, wir als Politik haben die Aufgabe, nicht nur Verordnungen zu treffen, das ist ganz klar in einer solchen Situation umso mehr. Da erhöht sich die Dichte an Verordnungen sowieso, sondern wir haben auch dafür zu sorgen, dass man die Voraussetzungen schafft, die umzusetzen. Ich kann nicht kleinere Kindergartengruppen fordern und mit gleich viel Personal weiterarbeiten. Was macht man, wenn man 25 Kinder hat und zwei Betreuerinnen und dann soll man Gruppen zu 5 Kinder machen. Da können 15 Kinder nicht 1 ½ Stunden Hände waschen, während

die anderen betreut werden. Das wird es nicht geben. Tatsächlich glaube ich auch, dass wir als Stadt Graz den Auftrag haben oder uns zumindest Gedanken machen sollten, Verordnungen herauszugeben, die Bediensteten unserer Einrichtungen den Rücken stärken und sozusagen für klare Verhältnisse sorgen, sowohl in dem Fall der Kindergärten für Eltern als auch für BetreuerInnen und nicht, dass hier jetzt ein Unmut entsteht teils auf der einen und teils auf der anderen Seite und deswegen komme ich gleich zur

Frage,

die ich mir erlaube, wörtlich vorzulesen:

Was werden Sie tun, um in städtischen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen sowohl für Eltern als auch für Bedienstete für klare und umsetzbare Vorgaben zu sorgen?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, die 42. Verordnung des Landes betreffend Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen ist in vielerlei Hinsicht widersprüchlich, schwammig formuliert und lautet wie folgt:

§1

Beschränkter Betrieb in Kinderbetreuungseinrichtungen

(1) Die Betreuung von Kindern in Kinderbetreuungseinrichtungen nach dem Stmk. Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (Kinderkrippen, Kindergärten, Heilpädagogische Kindergärten, Horte, Heilpädagogische Horte, Kinderhäuser, Tagesmütter/Tagesväter) wird mit der Maßgabe eingeschränkt, dass sowohl die Kinderdichte als auch die Anzahl der Sozialkontakte allgemein reduziert werden. Sofern die Möglichkeit gegeben ist, sollen Kinder zu Hause betreut werden. Eine Betreuung durch Großeltern soll dabei vermieden werden.

(2) Es werden sämtliche Betreuungsangebote der in Abs. 1 genannten Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Kinder angeboten und sichergestellt - unabhängig von der Art der beruflichen Tätigkeit der Eltern bzw. der Erziehungsberechtigten oder davon, ob die Arbeit im Home- Office verrichtet werden kann oder ob eine Betreuung zu Hause möglich ist.

(3) Die Leiterin/Der Leiter der Kinderbetreuungseinrichtung hat die Eltern und Erziehungsberechtigten umgehend über die notwendigen Maßnahmen zu informieren und nimmt die Meldungen zum Besuch der Einrichtung sowie über die häusliche Betreuung entgegen.

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 14. Mai 2020

(4) Das Betreuungsangebot kann von den Eltern bzw. Erziehungsberechtigten flexibel in Anspruch genommen werden. Die Betreuungsdauer orientiert sich am Bedarf der Eltern bzw. Erziehungsberechtigten innerhalb der am Standort üblichen Öffnungszeiten.

(5) Die Leiterin/Der Leiter der Kinderbetreuungseinrichtung hat in die Wege zu leiten, dass in den Einrichtungen Vorsorgemaßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus getroffen werden.

So wird einerseits in Punkt 1 nahegelegt, die Kinderdichte in den Einrichtungen niedrig zu halten, also die Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen nach Möglichkeit zu meiden, aber schon in Punkt zwei wird angeführt, dass die Betreuungseinrichtungen für alle offen sind, was zudem nahelegt, dass die Elternbeiträge ab sofort wieder voll zu bezahlen sind. Die Anordnung, soziale Kontakte möglichst gering zu halten, ist unter den gegebenen Umständen (Raum- und Personalmangel) praxisfern. Zudem schiebt man in Punkt 5 den Leiterinnen von Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen die Verantwortung zu, sollte es zu Covid19-Erkrankungsfällen kommen.

Diese sowohl vagen wie zum Teil auch widersprüchlichen Anweisungen sorgen sowohl bei den Eltern als auch bei den Bediensteten der städtischen Einrichtungen für Unsicherheiten in der Umsetzung.

In diesem Zusammenhang stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Was werden Sie tun, um in städtischen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen sowohl für Eltern als auch für Bedienstete für klare und umsetzbare Vorgaben zu sorgen?

Hohensinner:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Horst. Danke für deine Frage. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um mich einmal mehr bei allen BetreuerInnen, PädagogInnen, bei der Abteilung für Bildung und Integration, aber auch beim Reinigungspersonal der GBG zu bedanken für die wirklich großartige Arbeit in der Krise, aber jetzt auch in der

Aufbereitung unserer Bildungseinrichtungen, weil, wie du das beschrieben hast, es ist zu erwarten, dass es am Montag wieder mehr an Kindern werden wird und vorweg vielleicht zwei Kennzahlen: wir haben derzeit in den Krippen und Kindergärten 15 % der Kinder, in den Horten 5 %. Das heißt, es ist jetzt noch ziemlich ausgedünnt die Anzahl der Kinder, aber es ist zu erwarten, dass wir mit 18. 5. dann mehr Kinder haben. Es wird auch der Elternbeitrag ab dem Datum wieder eingehoben, aber ich kann dir versichern, dass wir bei unseren städtischen Einrichtungen, aber auch bei den privaten Trägern sehr gut auf diesen Start vorbereitet sind.

Von unserer Seite sind wirklich ganz konkrete Hygienemaßnahmen getroffen worden, wir haben diese auch ganz klar den Einrichtungen kommuniziert wie auch schon in der letzten Gemeinderatssitzung hier erwähnt, war es mir wichtig, dass wir zeitgerecht alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Masken ausstatten. Wir haben die herkömmlichen Masken, aber auch die Visiere. Also die PädagogInnen können hier auch wählen. Ich selbst habe ja auch ein Kind in einer Einrichtung und sehe, dass die PädagogInnen hier auch unterschiedlich die Auswahl treffen. Wir haben ausreichend viel Desinfektionsmittel angeschafft und auch rechtzeitig in die Einrichtungen gebracht. Hände-, Flächen-, Wäschedesinfektionsmittel, ausreichend Seife und auch Einweghandschuhe und wir haben Desinfektionsspender in jedem Eingangsbereich aufgestellt. Die Eltern wurden per Mail aufgeklärt, wirklich ganz klar und unmissverständlich. Wir haben auch zusätzlich Plakate in den Eingangsbereichen aufgehängt, wo wir den Eltern auch noch einmal sagen, es ist wichtig, schnell wieder die Einrichtung zu verlassen, wenn man das Kind gebracht oder abgeholt hat, es ist wichtig, Abstände einzuhalten, es ist wichtig, die Finger zu desinfizieren, wir haben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Hygieneempfehlungen aufbereitet, also diese Erlässe und Verordnungen des Bundes und des Landes haben wir wirklich komprimiert zusammengefasst und den Einrichtungen übermittelt. Das Land Steiermark hat darüber hinaus eine aus meiner Sicht wirklich gute Online-Plattform geschaffen, wo man Fragen beantwortet bekommt, wo Fachdiskussionen stattfinden können. Darüber hinaus habe ich zweimal alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angeschrieben, sie in Kenntnis gesetzt von Neuigkeiten und ihnen auch die Möglichkeit gegeben, Fragen zu

stellen. Das haben wirklich viele in Anspruch genommen. Ich glaube, dass wir hier konkrete Antworten liefern konnten. Wir erfüllen wirklich alle Vorgaben des Bundes, des Landes, sogar setzen wir darüber hinaus Schritte. Ich bin auch mit der zuständigen Landesrätin Juliane Bogner-Strauß im regen Austausch. Ich finde, dass sie das wirklich sehr gut macht. Sie hat ja einen ordentlichen Rucksack umgeschnallt mit dem Gesundheitsbereich und mit dem Bildungsbereich und kann aus meiner Sicht sagen, dass ich es auch mitverantworten kann, dass wir ab Montag in eine Art Regelbetrieb übergehen und die Zahlen sprechen auch dafür. Wir haben in Graz Gott sei Dank nur mehr 100 erkrankte Menschen. Ich hoffe, dass die Kurve auch so nach unten weiter fortgesetzt wird, aber ich kann dir auch versichern, lieber Horst, wir werden die Einrichtungen und die PädagogInnen, die BetreuerInnen bestmöglich begleiten und werden auch die Zahl der Neuinfektionen immer im Blick behalten (*Applaus*).

Alic:

Ich sage vielen Dank für die Antwort, die ist in einer Form ausreichend ausgefallen, dass ich mir fast eine Zusatzfrage schenken könnte. Es ist nur so, dass eine ist das Desinfizieren und die Hygienemaßnahmen, das andere sind, natürlich die kleinen Gruppen und jetzt will ich mich gleich kurz fassen und gleich zur Frage kommen. Bist du bereit oder kannst du dir vorstellen, dauerhaft für mehr Personal zu sorgen, damit man auch auf lange Sicht kleinere Gruppen in Kindergärten schaffen kann, was einer besseren Betreuung sehr zuträglich ist (*Applaus*).

Hohensinner:

Wie gesagt, wir setzen auch alle Vorgaben der Oberbehörde um. Das heißt, gerade im Kinderbildungs- und Betreuungsbereich, in der Kinderkrippe, im Kindergarten und im Hort sind wir eigentlich Träger als Stadt Graz. Das heißt, gleichzusetzen mit WIKI, GIB oder der Volkshilfe. Was ich machen kann, ist jetzt in der Krise und das habe ich gemacht, in der Ganztagesbetreuung, da haben wir mehr Spielraum, dass wir den

Eltern die Möglichkeit aufgetan haben, jetzt bis zum Sommer, wenn sie die Betreuungserfordernisse zu Hause selbst erfüllen, dass wir den Elternbeitrag nicht einheben.

Bgm. Nagl:

Bevor ich zur nächsten Frage komme, darf ich die Klubobleute daran erinnern, dass die Initiativen, ob es Anfragen sind, ob es Anträge sind oder auch dringliche Anträge sind, bitte bei mir vorne abzugeben sind, damit wir sie dann auch behandeln können. Ich habe noch nicht von allen Klubobleuten die Initiativen bekommen.

Die nächste Frage wird wieder an mich gestellt, deswegen darf ich den Vorsitz wieder an den Herrn Vizebürgermeister übergeben.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (13.00 Uhr).

**6.4 Frage 4: Vandalismus Augartenbucht
(GR Wagner, FPÖ an Bgm. Mag. Nagl, ÖVP)**

Wagner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Am 16. April wurde die neue Augartenbucht eröffnet. Wie der Ansturm bereits am ersten Tag gezeigt hat, ein absolut gelungenes Projekt (*Appl.*). Ja, das hat sich sicher einen Applaus verdient.

Leider wurde die Bucht in der folgenden Nacht und darüber hinaus auch schon weitere Male von politisch motivierten Vandalen heimgesucht. Da wurden Bänke teils abmontiert oder mit Graffitis beschmiert, ich tu mir fast schwer, das als Graffitis zu

bezeichnen diese Schmierereien und dadurch ist ein erheblicher Sachschaden für die Stadt Graz und somit für die Steuerzahler entstanden. Vor allem in einer Zeit wie dieser, wo die Stadt wirklich jeden Euro braucht, um zu helfen, ist das absolut entbehrlich, unnötig das Geld hier hinauszuerwerfen.

Die Ermittler aus dem Kriminalreferat der Stadtpolizei Graz gehen davon aus, dass es sich um dieselbe Tätergruppe handelt, die bereits gegen die Errichtung des Murkraftwerks agiert hat. Auch hier wurde beschmiert, beschädigt und sabotiert. Erst kürzlich gab es wieder eine Brandstiftung bei der Murkraftwerk- Baustelle. Da ist natürlich entschieden dagegen aufzutreten, denn das ist kein Kavaliersdelikt und schon gar kein Lausbubenstreich mehr.

Sachbeschädigung und Vandalismus sind kein geeignetes Mittel oder geeignete Ausdrucksweisen für Protest. Die Augartenbucht ist mehrheitlich hier im Gemeinderat beschlossen worden. Das ist eine demokratische Entscheidung, die ist zu akzeptieren und berechtigt keinesfalls dazu, seinen Unmut darüber mittels Sachbeschädigung kundzutun.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Frage:

Welcher Schaden ist durch Graffitis und Vandalismus seit der Eröffnung der Augartenbucht entstanden?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Am 16. April wurde die neue Augartenbucht eröffnet. Ein absolut gelungenes Projekt! Bereits am ersten Tag erfreuten sich schon sehr viele Grazer an der neuen Anlage und suchten dort Erholung. Leider wurde die Bucht in der folgenden Nacht von politisch

motivierten Vandalen heimgesucht und Bänke teils abmontiert oder mit Graffiti beschmiert.

Dadurch ist ein erheblicher Sachschaden für die Stadt Graz und somit für die Steuerzahler entstanden.

Die Ermittler aus dem Kriminalreferat der Stadtpolizei Graz gehen davon aus, dass es sich um dieselbe politisch motivierte Tätergruppe handelt, die bereits gegen die Errichtung des Murkraftwerks agiert hat. Auch hier wurde beschmiert, beschädigt und sabotiert. Erst kürzlich gab es wieder eine Brandstiftung bei der Murkraftwerk-Baustelle.

Sachbeschädigung und Vandalismus sind keine legitime Ausdrucksweise für Protest!

Die Augartenbucht ist ein mehrheitlich hier im Gemeinderat beschlossenes Projekt.

Diese demokratische Entscheidung ist zu akzeptieren und berechtigt keinesfalls dazu, seinen Unmut darüber mittels Sachbeschädigung kund zu tun.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Frage

gem. § 16a der GO des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz:

Welcher Schaden ist durch Graffiti und Vandalismus seit der Eröffnung der Augartenbucht entstanden?

Nagl:

Herr Gemeinderat, vielen Danke für diese Frage, die Freude ist natürlich auch groß. Wir haben ja in den vergangenen Jahren politisch einiges mitgemacht, um den Speicherkanal, das Kraftwerk und den Ausbau der Mur umzusetzen und zu ermöglichen. Mich freut es riesig, dass jetzt der Lebensraum an der Mur so angenommen wird, aber Sie haben auch Recht, es ist traurig genug, dass ein paar Persönlichkeiten demokratisch zustande gekommene Entscheidungen nach vielen

höchstgerichtlichen Verfahren, auch juristisch alles richtig gemacht, jetzt nach wie vor bekämpfen und für Vandalismus sorgen. Es ist auch richtig, dass gleich in der ersten Nacht nach Öffnung der Bucht durch eine Schmieraktion einige Betonsitzelemente verunstaltet wurden. Es dürfte sich um zwei verschiedene Täter gehandelt haben, die unterschiedliche Farben verwendeten. Wir haben dies bei der Polizei angezeigt. Polizei und Ordnungswache haben aber auch gebeten, die Kontrollen zu verstärken. Wir haben dann aber auch unsere GBG in der Woche darauf beauftragt, die Farbe mit ihren Spezialgeräten zu entfernen. Im Übrigen auch ein Service, das wir den Bürgerinnen und Bürgern, den Hausbesitzern unserer Stadt anbieten, wenn sie von solchen Schmieraktionen betroffen sind, können Sie sich vertrauensvoll an die GBG wenden und wir helfen kostengünstig mit, dass diese Graffitis aus dem Stadtbild auch wieder verschwinden. Der erste Auftrag der GBG hat 717,60 Euro gekostet. Was mich aber betroffen macht, das war der erste Vorfall. Es gab mittlerweile noch weitere Vorfälle. Da habe ich noch keine Kostenaufstellungen, weil es auch erst wieder umzusetzen ist, aber wir haben doch eine große Anzahl von Straftaten im Zusammenhang mit den Baumaßnahmen im Augarten. Allein der Sicherheitsdienst an der Baustelle im Augarten hat in Summe 282.000 Euro gekostet. Der Bauzaun samt Baumschutzeinzäunungen liegt bei 60.000 Euro Kosten. Laufende Sachbeschädigungen und Straftaten wie Brandstiftung sind an der Tagesordnung. Vor kurzem wurde von Unbekannten eine Kabeltrommel unterhalb des Buchstegs an der Seichtwasser-Zone in Brand gesetzt. Auch an der Radetzky-Brücke haben Unbekannte schon am Anfang der Baustelle für den Speicherkanal einen Bagger mit Farbe beworfen und einen Sachschaden von 80.000 Euro verursacht. Ich möchte da auch betonen, dass Projekte die in diesem demokratischen Verfahren entschieden wurden, durch kriminelles Verhalten laufend schwer beschädigt werden. Bezahlen müssen das aber letzten Endes wir alle, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Versammlungen und Proteste sind das eine, Straftaten aber das andere und ich hoffe, dass unsere Maßnahmen zur Überwachung vielleicht auch dafür sorgen, dass das zurückgeht (*Appl.*).

GR. Wagner:

Ich danke einmal für die ausführliche Beantwortung. Ich glaube, die Zahlen sprechen da genug. Das ist wirklich eine Größenordnung, mit der ich nicht einmal annähernd gerechnet hätte, die da inzwischen an Beschädigungen und Schäden entstanden sind. Meine Zusatzfrage wäre, gibt es hier schon Ideen, wie sich die Stadt Graz in Zukunft in solchen Fällen schadlos halten kann?

Nagl:

Wenn wir den Täter erwischen, dann gibt es die Anzeige und dann wird man auch für den Schaden aufzukommen haben. Das Einzige, was wir im Moment tun können ist, immer wieder auch aufklären, auch, so glaube ich, mit der Jugend darüber zu sprechen, dass das nichts Trendiges ist und auch kein Kavaliersdelikt ist, sondern schwerste Sachbeschädigung. Immer wieder werden ja einzelne Täter erwischt, die dann auch die dementsprechende Strafe aufgebremst bekommen. Wir werden mit Ordnungswache und Polizei weiterhin dafür sorgen, dass es möglichst gering bleibt. Aber das betrifft ja bitte nicht nur die Augartenbucht, im Moment wenn wir durch Graz gehen, haben wir einige Schmierfinke, die es einfach nicht lassen können und wahrscheinlich noch glauben, dass sie Künstlerinnen und Künstler sind. Es ist traurig genug, deswegen auch das Service der GBG.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (13.05 Uhr).

**6.5 Frage 5: Pop-up Radwege am Beispiel von Wien
(GRⁱⁿ Ussner, Grüne an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

Ussner:

Sehr geehrter Gemeinderat, liebe Mitglieder des Stadtsenates, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Elke.

Radverkehr ist die Lösung vieler unserer Probleme im urbanen Raum. Vieler Probleme, die wir einfach aufgrund des mangelnden Platzes haben und die Thematik ist ja schon sehr lange heiß diskutiert bei uns. Jetzt wird es aber langsam von einem relevanten Thema zu einer Notwendigkeit, weil wir davon ausgehen können, dass einfach viele Leute statt mit den Öffis zu fahren, einfach aus Angst sich anzustecken, jetzt dann in Zukunft ins Auto steigen werden, wenn das normale Arbeitsleben und das normale Leben langsam wieder anläuft. Nur zur Erinnerung, im Herbst ist uns das öfters passiert, dass einfach der komplette Verkehr einfach zusammengebrochen ist in Graz. Eben aufgrund des massiven Autoverkehrs. Es hat natürlich auch bestimmte Gründe gehabt. Nicht zusammengebrochen, die Straßenbahnen sind nicht mehr gefahren, die Leute sind im Stau bis zur Autobahn gestanden.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Wegen Demos – weil ihr den Verkehr lahmlegt!

Ussner: Soviel dazu. Radverkehr ist jedenfalls die Lösung vieler Probleme, was das angeht und vor allem Pop-up-Radwege werden jetzt gefühltermaßen in jeder Stadt aufgestellt, bis auf Graz, um eben diesen Problemen Herr zu werden.

Das Zuckerl daran ist, dass die Leute durch die Bewegung auch ihr Immunsystem stärken usw. und dass es die billigste Mobilität ist, die sogar dem Steuerzahler auch etwas zahlt, weil die Leute weniger krank werden.

Zwischenruf GR. Egger: Das funktioniert super!

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Es wäre super, wenn es so einfach wäre.

Ussner:

Deswegen jetzt die Frage, liebe Elke:

Sehr geehrte Frau Stadträtin, werden Sie veranlassen, dass es in Graz Pop-up-Radwege geben wird?

Originaltext der Frage:

Die Umverteilung von öffentlichem Raum ist für Graz schon seit Jahren ein relevantes Thema. Jetzt während der Covid-19-Krise wird dieses Thema jedoch zur Notwendigkeit. Im Herbst ist einige Male aufgrund des massiven Autoverkehrs das komplette Verkehrssystem (inklusive Straßenbahnnetz) zusammengebrochen. Diese Situation wird sich sehr wahrscheinlich verschärfen, wenn Menschen in Zukunft eher ihr Auto als die öffentlichen Verkehrsmittel verwenden, aus Angst sich dort anzustecken.

Radverkehr kann durch den geringen Platzverbrauch beides entlasten: den Autoverkehr und die öffentlichen Verkehrsmittel. Städte auf der ganzen Welt, wie auch Wien, haben bereits das Konzept von Pop-up-Radwegen umgesetzt. Radverkehr zu fördern, kann sehr unkompliziert gestaltet werden, andere zeigen es bereits vor. Auch in Graz wurde ein ähnliches Konzept in der Vorphase für die Umgestaltung der Wickenburggasse genutzt. Um einen Verkehrskollaps zu vermeiden, sind Pop-up-Radwege die schnellste, billigste und sinnvollste Lösung.

In diesem Sinne stelle ich an Sie folgende

Frage:

Werden Sie veranlassen, dass es in Graz Pop-up Radwege geben wird?

StRⁱⁿ **Kahr**:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Tamara. Das Ansinnen von dir und natürlich auch einigen anderen zu einer Umverteilung des Straßenraumes zugunsten von zu Fuß Gehenden und Radfahrern zu kommen, teile ich selbstverständlich und nicht nur ich, sondern auch meine Abteilungen, das ist klar, weil sie immerhin den geringsten Flächenanteil in unserer Stadt vorfinden und hier gehört eine Umverteilung.

Das ist auch klar mein Bekenntnis und auch das meiner Abteilungen. Dennoch muss ich diesen Wunsch nach einem Pop-up-Radweg, das ist jetzt ein neuer Begriff, das ist auch ganz egal, wie es heißt, eigentlich eine sofortige Umsetzung eines Radweges, dennoch sehr kritisch sehen und das sehen auch meine Abteilungen so. Der Begriff Pop-up steht für provisorisch und kurzfristig und ist eigentlich für eine Verkehrsinfrastruktur, die wir für die Bevölkerung schaffen möchten, und zwar dauerhaft oder nachhaltig, wie immer man das nennen möchte, und auch von der Sicherheit nicht wirklich geeignet und das sagen nicht nur unsere Fachleute, sondern das sagen dir auch einige Mobilitätsforscher und -forscherinnen. Unabhängig aber davon ist es wichtig, die Maßnahmen, die wir ja in Arbeit haben, fortzusetzen, aber nach dem bewährten System, nämlich wirklich einer Simulation und auch planerisch sorgfältig vorzugehen. Das braucht natürlich eine gewisse Vorlaufzeit, wie wir es z.B. in der Wickenburggasse gesehen haben oder auch bei anderen Radwegen, aber sie helfen damit auch mit, dauerhaft wirklich Radverkehrsinfrastruktur für unsere Bevölkerung zu schaffen. Dass wir hier ganz konkret arbeiten, möchte ich dir an einem Beispiel sagen, wo wir einen dringenden Handlungsbedarf auch sehen. Das wäre ganz konkret am Grieskai, wo wir den Lückenschluss am rechten Murofer für die Radfahrer schaffen möchten auf der Fahrbahn. Die Vorarbeiten dazu sind auch schon gemacht in bewährter Weise, das ist schon seit einem halben Jahr in Arbeit. Die Ergebnisse sind jetzt da und die möchten wir gerne dem Verkehrsausschuss und dem Bezirksrat und dann mit der Bewohnerschaft diskutiert wissen und dann nach Möglichkeit umsetzen.

Ussner:

Das Argument mit der Sicherheit widerspricht sich ein wenig für mich, weil, wie du danach gesagt hast, wir das in der Wickenburggasse auch so gemacht haben und viele andere Städte setzen jetzt darauf, weil das eben eine sichere Variante ist, den Menschen Platz auf der Straße fürs Radfahren zu geben, als wenn sie dann auf stark befahrenen Straßen fahren müssen und wenn wir uns jetzt die Situation unten beim Stadion anschauen, das ist nämlich wirklich nicht ideal gelaufen. Da haben sich Bürger und Bürgerinnen beschwert vor ein paar Tagen, weil ihnen einfach der Rad- und Gehweg genommen wurde. Das ist, wenn man in Richtung Stadion fährt in der Conrad-von-Hötzendorf-Straße und links in die Ulrich-Lichtenstein-Gasse einbiegt, war das eine sehr, jetzt keine ideale, aber schon eine gut annehmbare Infrastruktur für Zufußgehende und Fahrradfahrende und das ist jetzt einfach gesperrt worden. In den letzten Tagen haben die auf die Gegenfahrbahn ausweichen müssen, um da vorbeizugehen, dann ist von der ARGUS-Rad-Lobby angefragt worden, ob man hier einen Pop-up-Radweg machen könnte. Es ist zugesagt worden, dass das heute passieren wird. Heute war wieder nichts und jetzt hat diese Bürgerin, die noch einmal nachgefragt hat, eben die Information bekommen, dass der jetzt sowieso komplett gesperrt wird und die Leute, die das nachhaltigste, gesündeste und billigste Verkehrsmittel verwenden wollen bzw. die zwei Verkehrsformen werden mit der Kirche ums Kreuz geschickt, obwohl dort genug Platz wäre, einen Radweg zu schaffen, eben um das sichere Fortbewegen zu ermöglichen. So viel dazu. Ich sehe es noch immer nicht ein, warum das in Graz nicht funktionieren soll, Pop-up-Radwege bereitzustellen, eben, weil jetzt noch der Autoverkehr weniger ist als davor.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Frage!

Ussner: Immer wird man unterbrochen, wenn es euch dann nicht mehr taugt, was man sagt, das ist echt spannend. Die Zusatzfrage ist zwecks dem Stadion, was hier jetzt angedacht ist als Lösung für die Situation.

StRⁱⁿ **Kahr:**

Liebe Tamara, werden wir, wie alles und jede Anfrage und Wunsch prüfen.

**6.6 Frage 6: ÖV-Ausbauprogramm/Beteiligung des Bundes, vertragliche Vereinbarung
(GR Ehmann, SPÖ an StR. Dr. Riegler, ÖVP)**

Ehmann:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Herr Bürgermeisterstellvertreter, geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, Kollegen und Kolleginnen im Gemeinderat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer über Live-Stream.

Außergewöhnliche Situationen erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Warum leite ich das so ein? Ich darf kurz, bevor ich auf meine Frage eingehe, die Gelegenheit nutzen: Meine Tochter hat heute den 18. Geburtstag, der durchaus ein besonderer ist für uns alle (*Allgem. Applaus*). Auch in unserem Leben etwas Besonderes gewesen ist, wahrscheinlich für jeden Einzelnen hier und für jede Einzelne hier und ich konnte ihr heute noch nicht persönlich gratulieren, da ich früh aus dem Haus musste und erst am Abend nach Hause kommen werde und dann mit ihr anstoßen werde und da ich weiß, dass sie über Live-Stream nun dabei ist, möchte ich hier an dieser Stelle herzlich zum Geburtstag gratulieren. Liebe Selina, happy Birthday zu deinem 18. Geburtstag. (*Applaus*) Danke.

Sehr geehrter Herr Stadtrat, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs hat natürlich auch in Graz oberste Priorität und steht für uns alle, das entnehmen wir auch vielfach den Diskussionen, oberste Priorität. Dass es sehr müßig ist, dafür einzutreten und

allgegenwärtig einsichtig zu machen, warum es ein absolutes Muss ist, den motorisierten Individualverkehr so weit, wie nur möglich, zurückzudrängen, um mehr Sicherheit, mehr Lebensqualität, eine verbesserte Grazer Luft, den Klimaschutz zu unterstützen, ist klar und nicht so einfach.

Natürlich ist es auch so, dass der ÖV-Ausbau massiv kostet. Das ist uns allen klar, aber wie gesagt, eine gute Investition, die natürlich in viele hunderte Millionen Euro geht. Dass die Stadt Graz das allein nicht stemmen wird können, ist klar. Umso erfreulicher ist es auch, dass wir immer wieder verlautbart bekommen haben und neben dem vom Landeshauptmannstellvertreter Lang zugesagten 44 Mio. aus dem Landesbudget, auch viele Millionen vom Bund nach Graz fließen werden und hoffentlich auch tun und sollen.

Daher, namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage:

Wie ist nunmehr ganz konkret der Stand der Dinge, in welcher Höhe und über welchen Zeitrahmen hinweg sich der Bund am Ausbau des öffentlichen Verkehrs in der Stadt Graz beteiligen wird?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Dass der Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Graz oberste Priorität hat, steht außer Diskussion. Es ist müßig, weil, wie ich hoffe, allgegenwärtig und für jede und jeden einsichtig, warum es ein absolutes Muss ist, den motorisierten Individualverkehr so weit wie nur möglich zu reduzieren und die Menschen zum Umstieg auf den ÖV zu bewegen. Es geht um die Lebensqualität, die Sicherheit, den Klimaschutz, um die Grazer Luft und es geht darum, dass diese Stadt ein Platz für die Menschen sein soll und keine

autogerechte Stadt. Und um dieses Umsteigen zu forcieren, braucht es natürlich einen massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Was aber auch klar ist: Der ÖV-Ausbau kostet, geht in die viele hunderte Millionen Euro, und das wird die Stadt Graz alleine nicht stemmen können. Umso erfreulicher ist, dass immer wieder verlautete, dass neben den von Landesrat Lang zugesagten 44 Millionen aus dem Landesbudget auch viele Millionen vom Bund nach Graz fließen werden.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage:

Wie ist nunmehr ganz konkret der Stand der Dinge, in welcher Höhe und über welchen Zeitrahmen hinweg sich der Bund am Ausbau des öffentlichen Verkehrs in der Stadt Graz beteiligen wird?

Riegler:

Lieber Michi Ehmman, zunächst herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag deiner Tochter. Ich freue mich ja, dass ich in dir einen Partner fürs Umsetzen finde. Du hast dich ja gestern auch als Umsetzer im Abschaffen von etwas geriert. Jetzt erfreulicherweise ein Bekenntnis zur Umsetzung von Projekten, in dem Fall vom öffentlichen Verkehr. Die Stadt Graz ist, wie, so glaube ich, ohnehin weithin bekannt, nicht nur eine boomende Stadt, sondern auch eine Stadt, in der Innovation und Entwicklung und Modernität prägend sind. Die Stadt Graz ist daher schon seit vielen Jahren, schon seit 30 Jahren, Vorreiter in innovativen Verkehrskonzepten. Ich verweise darauf, dass in den 90iger-Jahren die Stadt Graz eine der ersten Städte war, die mit dem angrenzenden Bundesland einen Verkehrsverbund eingerichtet hat. Wir sind auch innovativ, wenn es z.B. um die Elektromobilität geht, denn wir haben und letzten Endes haben wir auch einen Staatspreis für Mobilität bekommen für das erfolgreiche

Car-Sharing-Modell TIM. Ich sage das deswegen, damit auch die Menschen draußen an den Computern am Live-Stream auch wissen, dass die Stadt Graz sehr um diese Verkehrskonzepte bemüht ist. Wir haben in weiterer Folge österreichweit viel beachtete Tests von Elektrobussen durchgeführt. Wir testen derzeit und sind dabei, das zu testen, den Betrieb von E-Bussen mit Brennstoffzellen und Wasserversorgung. Wir hatten einen guten Weg bereits mit der vorigen Bundesregierung. Ich komme schon schön langsam auch zu diesem Thema. Herr Bürgermeister Nagl, Herr Vizebürgermeister Eustacchio und der damalige Verkehrsminister Norbert Hofer der früheren Regierung hatten bereits sehr vielversprechende Gespräche über die Nahverkehrsmilliarde. Es kam dann die Neuwahl und es kam dann die nunmehrige türkisgrüne Bundesregierung und auch hier schaut es sehr gut aus. Die Frau Bundesministerin hat bereits angekündigt, mit den Schwerpunkten Elektromobilität, Wasserstoff und neuen standortgerechten Mobilitätssystemen Vorschläge zu machen. Wie Sie wissen, wie du weißt, ist die Corona-Krise dazwischengekommen. Unser Holding CEO Wolfgang Malik war bereits beim Herrn Staatssekretär Magnus Brunner im Klimaschutzministerium. Wir sind in guten Gesprächen, leider sind diese Gespräche durch einerseits die Imponderabilien der Neuwahl und andererseits durch die Corona-Krise ein wenig in Verzögerung geraten, aber glaube mir, lieber Michael Ehmann, wir bleiben dran und du findest in mir zuverlässigerweise einen Streiter für mehr Geld für die Stadt Graz und ihre Verkehrskonzepte.

Ehmann:

Nur eine Anmerkung, Herr Bürgermeister. Vielen Dank für das Lob, dass verantwortungsvolle Oppositionspolitik den Regierenden zur Umsetzung verhilft, da bin ich sehr dankbar für das Lob und gleichzeitig möchte ich festhalten, dass ich mich freue, dass diese Termine nun fortschreiten können und auch hier Geld vom Bund abgeholt wird, so wie es du jetzt gerade in Aussicht gestellt hast. Vielen Dank.

Nagl:

Vielen Dank. Damit wir auch wirklich fair mit der Fragestunde umgehen, darf ich alle bitten, auch vorne am Bildschirm die Redezeit zu beachten, dann kommen mehr Fragestellerinnen und Fragesteller zu Wort.

**6.7 Frage 7: Schulwegsicherung am Jakominiplatz – in den Bereichen Gleisdorfer-Gasse und Reitschulgasse
(GRⁱⁿ Potzinger, ÖVP an StRⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

Potzinger:

Vielen Dank dem jungen Mann, der uns immer die Pulte so schön säubert, dass die Ansteckungsgefahr minimalisiert wird hier.

Geschätzte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Bürgermeister, hohe Stadtregierung, liebe Zuseherinnen und Zuseher am Live-Stream. Es gibt vieles zu feiern, z.B. für die kinder- und familienfreundliche Stadt Graz, dass morgen der internationale Tag der Familie ist, der 15. Mai. Für mich natürlich ein Anlass, ein familienfreundliches Thema anzusprechen, nämlich die Sicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger, vor allem der Kleinsten, der sichere Schulweg. Ich habe dieses Thema schon mehrfach hier vorgebracht in Form von Fragen und Anträgen. Speziell geht es mir um das sichere Queren der Reitschulgasse und der Gleisdorfer Gasse im Bereich vor dem Jakominiplatz, wo leider die Schutzwege, sprich Zebrastreifen, entfernt wurden. Es ist schon klar, dort wo Straßenbahnen fahren, schienengebundener ÖV stattfindet, genügt nicht der Zebrastreifen, sondern heutzutage braucht man dort auch eine Ampel. Trotzdem müsste es möglich sein, mittels Druckknopfampel hier eine Lösung zu schaffen. Das würde nicht die Fahrgeschwindigkeit der Straßenbahnen reduzieren, weil bekanntermaßen die ja mittels Steuerung für sich freie Fahrt jeder Zeit erwirken können. Es geht eben um das sichere Queren der Straßen vor allem für die Schulkinder, dass sie zu Fuß in die Schule gehen. Wir wollen ja nicht immer das Elterntaxi und natürlich denken wir dabei auch an hochbetagte und mobilitätseingeschränkte Persönlichkeiten in unserer Stadt.

Sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Elke, ich habe von dir persönlich und auch von deinem Amt zu dem Thema schon Antworten bekommen. Neu ist allerdings, dass wir im letzten Gemeinderat zu meiner größten Freude beschlossen haben, uns als kinder- und familienfreundliche Stadt wieder auditieren zu lassen und auch ihr als KPÖ habt zugestimmt hier in diesem schönen Hause und die erste zentrale Zielvereinbarung lautet: Sicherheit für Kinder im öffentlichen Raum fördern. Da geht es eben auch um die Schulwegsicherung, um die Schutzwege, um das sichere Queren der Straßen. Die Kinder lernen überall in der Schule, im Verkehrsgarten, beim Zebrastreifen, bei der Druckknopfampel, dort kommt ihr sicher über die Straße. Die wünschen sich auch die Familien, die im Bereich Reitschulgasse und Klosterwiesgasse wohnen. Daher einmal mehr meine

Frage

vor diesem Hintergrund auch der Zielvorgabe:

Wirst du dich vor dem Hintergrund der „Zielvorgaben für eine kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ als ressortzuständiges Stadtregierungsmitglied für die Wiedererrichtung der Schutzwege am Jakominiplatz in den Bereichen Reitschulgasse und Gleisdorfer-Gasse einsetzen?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Elke!

Bevor die Gleisdorfer-Gasse im Jahr 2018 umgebaut wurde, befand sich auf Höhe Steirerhof ein Schutzweg („Zebrastreifen“), der vor allem für Familien mit Kindern und betagte Fußgänger einen wichtigen Sicherheitsfaktor darstellte. Auch das Überqueren der Reitschulgasse am Beginn des Jakominiplatzes war für Schulkinder und mobilitätseingeschränkte Personen durch den Schutzweg erleichtert. Aus Sicht

verärgerter Anrainer blieben völlig unverständlicherweise nach den Sanierungsarbeiten in der Gleisdorfer-Gasse diese Schutzwege entfernt.

Für die SCHULWEGSICHERUNG ist der Schutzweg von besonderer Bedeutung. Die Kinder lernen im Verkehrserziehungsunterricht, Straßen möglichst nur über Schutzwege zu queren. Der PKW-, Bus- und Straßenbahnverkehr stellt für Kinder eine besondere Gefahrenquelle dar. Graz sollte als größte familienfreundliche Gemeinde Österreichs auch bezüglich der Sicherheit im Straßenverkehr besondere Rücksicht auf die Bedürfnisse von Kindern und Familien nehmen.

Am 23. April d.J. hat der Grazer Gemeinderat einstimmig die Zielvereinbarung für das Audit „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ beschlossen – erfreulicherweise auch mit den Stimmen der KPÖ! Der erste Punkt der Zielvereinbarung bezieht sich auf die Sicherheit für Kinder im öffentlichen Raum, damit sie „selbständig und sicher in die Schule gehen können“.

Daher stelle ich an dich, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, folgende

Frage:

Wirst du dich vor dem Hintergrund der „Zielvorgaben für eine kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ als ressortzuständiges Stadtregierungsmitglied für die Wiedererrichtung der Schutzwege am Jakominiplatz in den Bereichen Reitschulgasse und Gleisdorfer Gasse einsetzen?

Kahr:

Ja, sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Sissi. Ja, das stimmt, du hast schon mehrere Fragen und Anträge genau in der konkreten Frage an mich und an meine Ämter gerichtet. Das ehrt dich auch sehr, dieser Einsatz für die Kinder und deren Schutz, aber den teilen wir auch. Das kann ich dir versichern. Ich muss aber, es tut mir leid, dir das noch einmal zu sagen, aber es ist einfach so, unregelmäßige Zebrastreifen über Gleistrassen sind nicht zulässig. Generell wird entlang des Schienennetzes in unserem

Stadtgebiet so vorgegangen, dass dort, wo es sinnvoll und wo es auch notwendig erscheint, auf freier Strecke Druckknopfampeln eingerichtet werden. Das, was du dir jetzt ganz konkret hier auch an diesen Stellen wünschst. Dort aber auch nach Rücksprache erneut mit unserer Amtssachverständigen Dipl.-Ing. Ender, mit Sicherheitssachverständigen, Beziehung Externer und auch neuerlicher Rücksprache auch mit der Holding wird eine Druckknopfampel gerade auch aus Schutzgründen dort nicht empfohlen. Vor allem, weil das die Straßenbahn dort auch sehr beeinträchtigen würde. Ich würde aber empfehlen, bevor wir uns da immer wieder dieselben Fragen- und Antwortgebungen sozusagen ausrichten, bitte setzen wir uns gemeinsam zusammen, hör dir die Argumente an, das ist nicht aus Jux und Tollerei, dass unsere Kolleginnen so antworten, weil eine familienfreundliche und kindergerechte Stadt wünscht sich jede und jeder und handelt auch nach bestem Gewissen so, aber man muss auch eine Maßnahme so umsetzen können, dass sie erstens nicht zum Schaden von Kindern ist und auch nicht den öffentlichen Verkehr beeinträchtigt. Vor allem im Wissen, das ca. 20 m daneben ein gesichertes Queren möglich ist. (*Appl.*)

Potzinger:

Bezugnehmend jetzt, sehr geehrte Frau Stadträtin, auf diese Aussage, eine Druckknopfampel würde die Straßenbahnen in ihrem Fahren behindern. Dem möchte ich widersprechen am Beispiel des Kreuzungsbereiches Eisteichgasse – Petersgasse, wo sehr wohl die Straßenbahnfahrerinnen, der -fahrer, die Ampel auf Rot schalten kann, um ungehindert einfahren zu können. Das heißt, technisch wäre das möglich und danke für diese Möglichkeit des Gespräches mit der Frau DI. Ender und ich würde gerne wissen, wo wirklich 20 m entfernt das sichere Queren möglich ist. Deshalb meine Frage, ob du bereit bist, möglichst rasch, noch vor dem Sommer, diesen Termin zu vereinbaren?

Kahr:

Gerne, Sissi, das können wir sogar noch im Mai machen. Daran habe ich höchstes Interesse. Es gibt ja einen Informationsbericht teilweise, wo gewisse Argumente, warum die Sicht so ist, auch an alle Verkehrsausschussmitglieder und dann kann man auch dazu reden, warum das in der Petersgasse möglich ist.

6.8 Frage 8: Risikominimierung für wohnungs- und obdachlose Menschen (GRⁱⁿ Mag.^a Taberhofer, KPÖ an StR. Hohensinner, MBA, ÖVP)

Taberhofer:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste. Wohnungslosigkeit – ob auf der Straße, in einer Unterkunft bei Bekannten oder in Notschlafstellen – ist ein Leben in einer Extremsituation. Aber bedingt durch die derzeitige Krise im Zusammenhang mit dem Coronavirus besteht die Gefahr, dass sich diese äußerst schwierige Lebenssituation obdach- bzw. wohnungsloser Menschen noch einmal drastisch verstärkt. So haben viele keinen Rückzugsort und wer auf der Straße lebt, kann Sozialkontakte kaum vermeiden. Neben fehlenden bzw. nicht ausreichenden Sanitäreinrichtungen ist es für obdachlose Menschen deshalb auch besonders schwierig, entsprechende Hygienemaßnahmen zu setzen und sich zu schützen. Viele sind darüber hinaus chronisch krank oder in einem schlechten Gesundheitszustand und zählen somit auch zur Risikogruppe. Aber selbst bei der Unterbringung in Notschlafstellen ist die Gefahr groß, sich mit dem Coronavirus anzustecken, da vielfach aufgrund von Mehrbettzimmern und der damit verbundenen räumlichen Enge die oft geforderte soziale Distanz nicht einhaltbar ist. Deshalb ist es wichtig, rechtzeitig einer Infektion durch das Coronavirus entgegenzuwirken und die Unterbringungsangebote für wohnungs- und obdachlose Menschen zu erweitern.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Welche Unterbringungsmöglichkeiten stehen für obdach- und wohnungslose Menschen zur Verfügung, wenn sie an Covid 19 erkrankt sind?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat Hohensinner!

Wohnungslosigkeit – ob auf der Straße, in einer Unterkunft bei Bekannten oder in Notschlafstellen – ist ein Leben in einer Extremsituation. Aber bedingt durch die derzeitige Krise im Zusammenhang mit dem Coronavirus besteht die Gefahr, dass sich diese äußerst schwierige Lebenssituation obdach- bzw. wohnungsloser Menschen noch einmal drastisch verstärkt. So haben viele keinen Rückzugsort und wer auf der Straße lebt, kann Sozialkontakte kaum vermeiden. Neben fehlenden bzw. nicht ausreichenden Sanitäreinrichtungen ist es für obdachlose Menschen deshalb auch besonders schwierig, entsprechende Hygienemaßnahmen zu setzen und sich zu schützen. Viele sind darüber hinaus chronisch krank oder in einem schlechten Gesundheitszustand und zählen somit auch zur Risikogruppe. Aber selbst bei der Unterbringung in Notschlafstellen ist die Gefahr groß, sich mit dem Coronavirus anzustecken, da vielfach aufgrund von Mehrbettzimmern und der damit verbundenen räumlichen Enge die oft geforderte soziale Distanz nicht einhaltbar ist. Deshalb ist es wichtig, rechtzeitig einer Infektion durch das Coronavirus entgegenzuwirken und die Unterbringungsangebote für wohnungs- und obdachlose Menschen zu erweitern.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage

Welche Unterbringungsmöglichkeiten stehen für obdach- und wohnungslose Menschen zur Verfügung, wenn sie an Covid 19 erkrankt sind?

Hohensinner:

Sehr geehrte Gemeinderätin, liebe Ulli. Auch im Sozialbereich möchte ich die Gelegenheit nutzen, um mich bei ganz vielen Menschen zu bedanken, die dazu beigetragen haben, dass das soziale Netz auch in der Krise gehalten hat. Seit Beginn des Lockdowns gab es wöchentliche Telefonkonferenzen mit der Vinzenzgemeinschaft, mit der Caritas, mit dem Sozialamt und meinem Büro. Gemeinsam haben wir die Krisensituation einzuschätzen versucht, alle Eventualitäten und Möglichkeiten geprüft und dann konkrete Maßnahmen auch gesetzt. Bereits zu Beginn haben wir uns dazu entschieden, die Winternotschlafstellen bis Ende April weiter zu betreiben, nämlich damit wir bei den Trägern freie Kapazitäten schaffen. Darüber hinaus haben wir auch beim Hotel A & O 10 Zimmer angemietet und auch mit dem Hintergrund, dass nicht infizierte Obdachlose nicht die Räumlichkeiten der Träger in Anspruch nehmen, sondern dort Unterschlupf finden. Was immer klar ist, infizierte Personen können wir weder in den bestehenden Einrichtungen noch in dem Hotel unterbringen. Die Zimmer wurden gut angenommen. 8 von 10 Zimmern sind jetzt noch in Anspruch genommen und wir haben auch einen reibungslosen Ablauf mit dem Hotel und den Trägern zustande gebracht. Wir haben auch eine Fast Line eingerichtet gemeinsam mit dem Gesundheitsstadtrat in das Gesundheitsamt, dass die Träger, wenn es Verdachtsfälle gibt, ganz schnell und direkt Klarheit haben, ob es eine Infektion gibt oder nicht. Das wurde von den Trägern sehr, sehr begrüßt. Gott sei Dank haben wir seit dem 17. April österreichweit nur 100 neu erkrankte Personen, also maximal, meistens darunter, daher ist das Risiko, dass eine obdachlose Person an Covid 19 erkrankt, sehr gering, aber trotzdem muss man sich natürlich für diese Eventualität vorbereiten. Da kann ich auch sagen, dass wir bis Ende Mai uneingeschränkten Zugang zum Bildungshaus Mariatrost haben. Das heißt, sollte sich eine Person wirklich infiziert haben, haben wir dort Räumlichkeiten. Wir haben auch eine Betreuung über einen Verein sichergestellt, die darauf spezialisiert sind und wenn es den Bedarf gibt, wird das Bildungshaus Mariatrost auch im Juni für diesen Zweck bereitstehen. An dieser Stelle möchte ich mich wirklich noch einmal für die unzähligen Telefonate mit der Caritas, Vinzenz-Gemeinschaft, Sozialamt und dem Krisenstab recht herzlich bedanken und darf

namentlich auch einige Personen anführen, die sich hier besonders ausgezeichnet haben. Das ist der Franz Waltl, der Michael Lindner, die Nora Musenbichler, unsere Abteilungsvorständin Andrea Fink und unser Katastrophenschützer Wolfgang Hübel und ich möchte auch nicht hintanstehen, mich bei allen Ehrenamtlichen zu bedanken. Im Sozialbereich war es ja jetzt nicht ohne. Viele Ehrenamtliche sind über 60, das heißt, einige sind hier weggefallen, aber die Jüngeren haben hier zusammengeholfen, dass wir die Sicherheit aller Grazerinnen und Grazer, auch was Obdachlosigkeit betrifft, sicherstellen konnten.

Taberhofer:

Danke, ich bedanke mich für die Beantwortung meiner Frage.

**6.9 Frage 9: Psychische Folgen der Covid-Pandemie und des Shutdowns
(GR DI Sickl, FPÖ an StR. Mag. Krotzer, KPÖ)**

Sickl:

Herr Bürgermeister, hoher Stadtsenat, werte Damen und Herren, Herr Stadtrat. Die Maßnahmen der Bundesregierung in der augenblicklichen Gesundheitskrise greifen stark in das Leben der Österreicher ein. Mittels Meldungen über 100.000 Tote und dass jeder Österreicher jemanden kennen wird, der am Covid-19-Virus gestorben ist, wurde eine Stimmung erzeugt, die tiefe Narben hinterlässt.

Die Zahl der Arbeitslosen ist auf einem Höchststand in der Zweiten Republik und weit über eine Million Österreicher sind zusätzlich noch in Kurzarbeit. Damit sind rund 2 Millionen Österreicher in einer prekären finanziellen Situation. Es handelt sich dabei um jeden zweiten Arbeitnehmer in Österreich. Außerdem wissen Unternehmer nicht, wie sie ihre Abgaben zahlen sollen, wie sie Gehälter zahlen sollen, wie es weitergeht und werden von der Bundesregierung im Regen stehen gelassen.

Das soziale Leben ist zwischenzeitlich zum Erliegen gekommen. Die Menschen treffen sich nicht mehr, haben nicht mehr die Möglichkeit, sich auszutauschen, persönlich miteinander zu sprechen. Feste und Veranstaltungen zur Zerstreung oder kulturellen Erbauung dürfen über den ganzen Sommer nicht stattfinden. Alle sitzen zu Hause und viele davon grübeln alleine vor sich hin.

Die Maßnahmen haben eine Stimmung erzeugt, die der Psyche der Menschen schwer zusetzt. Schlafstörungen, Angstsymptome oder depressive Verstimmungen sind die Folge. Unter Schlafstörungen leiden augenblicklich rund 16 Prozent der Österreicher. Depressive Symptome sind von etwa vier Prozent auf über 20 Prozent angestiegen. Eine ähnlich starke Zunahme zeigt sich bei Angstsymptomen, die sich auf 19 Prozent erhöhten. Weiters berichten Psychiater und Psychotherapeuten von einer starken Häufung von suizidale Krisenpatienten. Sie befürchten eine sehr hohe Dunkelziffer, da sich Menschen in der augenblicklichen Situation nicht trauen, zum Arzt zu gehen. Gerade psychisch labile Menschen haben hier besonders Angst und sind besonders durch die Angstmache verunsichert und bleiben erst recht zu Hause. Diese Zahlen sind alarmierend und es ist abzusehen, dass die Folgen dieses viel zu lange andauernden „Shutdown“ viel gravierender sind und es hier deutlich mehr Opfer geben wird als durch das Covid-19 Virus selbst. Experten fordern daher rasche Hilfe. An die Situation angepasste Kriseninterventionen, Kurzzeittherapien oder Psychotherapie per Telefon oder Internet könnten eine kurzfristige Lösung bringen.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage:

Was haben Sie als zuständiger Stadtrat auf diese neue, äußerst alarmierende Situation vorbereitet und welche Maßnahmen haben Sie ergriffen bzw. werden Sie ergreifen?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Die Maßnahmen der Bundesregierung in der augenblicklichen Gesundheitskrise greifen stark in das Leben der Österreicher ein. Mittels Meldungen über mindestens 100.000 Tote und dass jeder Österreicher jemanden kennen wird, der am Covid-19 Virus gestorben ist, wurde eine Stimmung erzeugt, die tiefe Narben hinterlässt.

Die Zahl der Arbeitslosen ist auf einem Höchststand und weit über eine Million Österreicher sind in Kurzarbeit. Damit sind rund 2 Millionen Österreicher in einer prekären finanziellen Situation. Unternehmer wissen nicht, wie es weitergehen soll, wie sie Mieten, Gehälter und Abgaben zahlen sollen. Kulturschaffende haben keine Perspektive, wann und wie es weitergehen wird und sie werden von der Bundesregierung im Regen stehen gelassen.

Das soziale Leben ist zum Erliegen gekommen. Die Menschen treffen sich nicht mehr, haben nicht mehr die Möglichkeit sich auszutauschen, persönlich miteinander zu sprechen. Feste und Veranstaltungen zur Zerstreung oder kulturellen Erbauung dürfen über den ganzen Sommer nicht stattfinden. Alle sitzen zu Hause und viele davon grübeln alleine vor sich hin. Die überbordenden Maßnahmen der Bundesregierung haben eine Stimmung erzeugt, die der Psyche der Menschen schwer zusetzt.

Schlafstörungen, Angstsymptome oder depressive Verstimmungen sind die Folge. Unter Schlafstörungen leiden aktuell rund 16 Prozent. Depressive Symptome sind von etwa vier Prozent auf über 20 Prozent angestiegen. Eine ähnlich starke Zunahme zeigt sich bei Angstsymptomen, die sich auf 19 Prozent erhöhten. Weiters berichten Psychiater und Psychotherapeuten von einer starken Häufung von suizidale Krisenpatienten. Sie befürchten eine sehr hohe Dunkelziffer, da sich diese Menschen in der augenblicklichen Situation nicht trauen zum Arzt zu gehen. Gerade psychisch labile Menschen werden verstärkt durch die Angstmache verunsichert und bleiben erst recht zu Hause. Diese Zahlen sind alarmierend und es ist abzusehen, dass die Folgen des vollkommen übertriebenen und schon viel zu lange andauernden „Shutdown“ viel gravierender sind und deutlich mehr Opfer fordern wird, als das Covid-19-Virus selbst. Experten fordern daher rasche Hilfe. An die Situation angepasste Kriseninterventionen, Kurzzeittherapien

oder Psychotherapie per Telefon oder Internet könnten eine kurzfristige Lösung bringen.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

gem. § 16a der GO des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz:

Wie haben Sie sich als zuständiger Stadtrat auf diese neue, äußerst alarmierende Situation vorbereitet und welche Maßnahmen haben Sie ergriffen bzw. werden Sie ergreifen?

StR. Mag. **Krotzer:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, vielen Dank für Ihre Frage und auch Ihre Feststellungen. Es ist völlig richtig, die seelische Gesundheit ist ein ganz wesentlicher Aspekt der Gesundheit des Menschen und die ist natürlich in den vergangenen Wochen des Shutdowns auf eine sehr harte Probe gestellt worden. Die soziale Isolation, Homeoffice, Homeschooling, oftmals dann noch mit der Betreuung von Kleinkindern vereinbart, stellt eine große Belastung dar. Insbesondere natürlich auch für Frauen und wir wissen zugleich auch, dass sich im Schatten dieser Gesundheitskrise auch eine enorme Wirtschaftskrise entwickelt hat, die jene von 2008/2009 wohl sehr deutlich in den Schatten stellen wird. Wir kennen die Zahlen, 100.000 Menschen, die in dieser Krise ihren Arbeitsplatz verloren haben. Weitere 100.000, die sich in Kurzarbeit befinden oder die auch aufgrund der Schließungen massive finanzielle Einbußen haben. Es ist auch die Frage natürlich da, ob die von der Bundesregierung angekündigten Hilfspakete diese Herden annähernd abfedern können. Die sozialen Folgen sind, wie Sie schon richtig gesagt haben, dramatisch. Die Verzweiflung nimmt auch bei vielen Menschen zu und das Ganze natürlich besonders davon betroffen auch Menschen, die ohnehin schon in finanziell prekären Situationen gewesen sind. Das

bringt mich zum ersten Punkt. Da ist im Rahmen all dieser Pakete angekündigt worden ein Paket sozialer Sofortmaßnahmen seitens der Bundesregierung, budgetiert mit 30 Mio. Euro. Das ist in gewöhnlichen Zeiten schon nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, denn wir wissen, dass in Österreich eine Million Menschen an oder unter der Armutsgrenze leben. Gerade in dieser Situation wäre es natürlich ganz wichtig, auch hier einmal soziale Soforthilfen zu schaffen. Wir kennen natürlich auch sehr vieles an sozialen Notlagen und jetzt sehe ich, die Zeit rennt schon davon. Ich darf zu ein paar Maßnahmen kommen, die wir im Rahmen des Gesundheitsamtes in den vergangenen Wochen gesetzt haben. Beginnend bei der Grazer Telefonkette, Ideengeber dafür war Dr. Martin Sprenger. Wir haben schon am 15. März gestartet. Organisation dann umgesetzt von Christoph Pammer und Alena Strauss. Es ist uns gelungen, hier mit einer Vielzahl an Kooperationspartnern von Ikemba, Omega, Jukus, Zebra, Medius bis hin zum Seniorenbund, dem Frauengesundheitszentrum etwa 1000 Haushalte in Graz zu erreichen. Wenn wir das hochrechnen mit den Personen, die in den Haushalten leben, etwa 3000 Menschen. Sehr viele Zugriffe auf die Seite hier auch entsprechende Gesundheitsinformationen, aber auch Hinweise auf Hilfsangebote, sowohl was Einkaufsdienste etc. betrifft bis hin natürlich auch zu psychologischen Beratungsdiensten, von denen es ja zum Glück einige gibt. Ob es vom Berufsverband der Österreichischen PsychologInnen etc. Wir arbeiten jetzt, das freut uns sehr, dass der Fonds Gesundes Österreich das jetzt auch als bundesweites Vorbild genommen hat, um hier ein weiteres, ein Nachfolgeprojekt zu starten. Wir haben heute auch in der Stadtsenatssitzung die entsprechenden Subventionen, Sie wissen, aus dem Gesundheitsamt unterstützen wir auch viele Gesundheitseinrichtungen in der Stadt Graz, viele, die auch im Bereich der psychosozialen Versorgung tätig sind, mit all diesen Einrichtungen sind wir auch in Gesprächen, damit wir auch den Tag der seelischen Gesundheit wieder durchführen und die letzten zwei Punkte, der Herr Bürgermeister schaut schon, besonders bemüht waren wir natürlich auch um die Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeheimen, die natürlich durch das Besuchsverbot besonders betroffen sind, wo wir mit Besuchskabinen und Konzerten Maßnahmen setzen. Zu allerletzt erinnere ich auch an die Forderung von der Frau Gemeinderätin Elke

Heinrichs nach Psychotherapie, krankenkassenfinanziert, eine Forderung, die, so glaube ich, jetzt wichtiger ist denn je.

Sickl:

Ich werde bei der Zusatzfrage sehr schnell sein. Ich habe gehört, dass einiges passiert ist, aber ich sehe hier keine niederschwellige Möglichkeit, wenn jetzt jemand psychische Probleme hat, sich an die Stadt Graz zu wenden, niederschwellig, also über Telefon oder über Internet sich hier augenblicklich zu melden. Welche Möglichkeiten gibt es hier, da habe ich jetzt nichts gehört, oder habe ich es überhört? Ich glaube nicht.

Krotzer:

Dafür darf ich mich eh gleich bedanken. Wie gesagt, es gibt eine Reihe an Einrichtungen, die in der Stadt Graz tätig sind, die wir auch vom Gesundheitsamt der Stadt Graz unterstützen. Allerdings, und da bedanke ich mich für die Zusatzfrage, weil ich dann ein wenig eingehen darf auch auf die Subventionen, die wir im Bereich des Gesundheitsamtes haben. Wir sind nach wie vor hier im Bereich von 180.000 Euro an Subventionen für die Gesundheitseinrichtungen. Wie gesagt, viele davon sind auch im Bereich der Psychosozialen Betreuung tätig. Ich bin schon längere Zeit eben auch mit dem Herrn Bürgermeister hier im Gespräch, dass wir im Rahmen des Gesundheitsjahres hier auch diesen Subventionsbereich hier ausdehnen, damit wir eben mehr Möglichkeiten haben, Menschen in Graz zu unterstützen und wenn ich hier mit Ihnen auch einen Fürsprecher im Rahmen der Rathauskoalition habe, dann nehme ich das sehr gerne dankend an und hoffe, dass es uns tatsächlich gelingen kann, hier auch den Subventionsbereich auszuweiten. An Arbeit in diesem wichtigen Bereich wird es definitiv nicht mangeln. Dankeschön.

Ende der Fragestunde um 13.44 Uhr.